

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2021 in Baden-Württemberg

I. Milchmarkt

1. Wie steht Ihre Partei nach den Erfahrungen aus den vergangenen Milchmarktkrisen den Forderungen der Milchviehhalter nach einer Erweiterung des Sicherheitsnetzes für den EU-Milchmarkt um zeitlich befristete Mengenbegrenzungsmaßnahmen im Falle schwerer Marktverwerfungen gegenüber?

Wir Freie Demokraten lehnen planwirtschaftliche Mengenregulierungen grundsätzlich ab. Auch befristete Mengenbegrenzungen vertagen nur die Symptome eines nicht reibungsfrei funktionierenden Marktes. Wir Freie Demokraten setzen uns stattdessen für eine liberale Ordnungspolitik ein, die im Milchmarkt die Hürden für eine marktwirtschaftliche Mengenregulierung durch den Preismechanismus beseitigt und wettbewerbsverzerrenden Konzentrationen von Marktmacht in der gesamten Wertschöpfungskette Grenzen setzt.

2. Sieht Ihre Partei die Verantwortung für die entsprechende Anpassung der Angebotsmenge an die Nachfrage in Marktkrisenphasen alleine in der Branche?

Wir Freie Demokraten sehen eine ordnungspolitische Verantwortung des Gesetzgebers dafür, den marktwirtschaftlichen und mengenregulierenden Preismechanismus in der gesamten Wertschöpfungskette funktionsfähiger zu machen. Das Bundeskartellamt hat in diesem Zusammenhang mehrere Probleme aufgezeigt, die sich insbesondere aus den engen genossenschaftsrechtlichen Lieferbeziehungen, also z.B. der Kombination aus Andienungs- und Abnahmepflicht, aus überzogenen Kündigungsfristen und aus einer problematischen Konzentration von Verhandlungsmacht im Lebensmitteleinzelhandel ergeben.

3. Wie stehen Sie zur Gründung von „Branchenverbänden/-organisationen“? Wie ist aus Ihrer Sicht die „Branche“ zu definieren und welche Befugnisse müsste eine entsprechende „Branchenorganisation Milch“ zugesprochen bekommen?

Wir Freie Demokraten sind der Ansicht, dass Branchenverbände/-organisationen von Vorteil sein könnten, wenn sie sich z.B. für eine verbesserte Markttransparenz einsetzen oder mit der Entwicklung marktkonformer Lieferbeziehungen befassen. Die Vorstellung einer kartellähnlichen Branchenorganisation zum Zwecke umfassender Mengenbündelungen oder Preisabsprachen lehnen wir Freie Demokraten aber entschieden ab. Die Grenzen des Kartellrechts müssen eingehalten werden. Branchenorganisationen könnten beispielsweise als Schutzgemeinschaften für europarechtlich geschützte Ursprungsbezeichnungen (g.U.) oder garantiert traditionelle Spezialitäten (g.t.S.) fungieren. Durch derartige Vermarktungslinien lassen sich nicht nur Kundenbindung und Wertschöpfung erhöhen, sondern auch globale Marktschwankungen besser abfedern.

4. Wie sieht Ihre Partei die Haltung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, in Milchmarktkrisenphasen den bisher vorhandenen Instrumenten des EU-Sicherheitsnetzes sowie einer sogenannten Modernisierung der Lieferbeziehungen zu vertrauen?

Eine Ausweitung des für Krisenzeiten zur Verfügung stehenden Sicherheitsnetzes lehnen wir Freie Demokraten ab, denn dies würde zu dauerhaften Eingriffen ins Marktgeschehen führen. Finanzielle Hilfen alleine werden die Probleme der Bauern nicht lösen, sondern langfristig noch verschärfen. Wir brauchen eine nachhaltige, marktwirtschaftliche Lösung, die es den Betrieben ermöglicht, mit ihrem Produkt faire Preise am Markt zu erzielen. Für Lieferbeziehungen müssen Modelle gefunden werden, die eine verlässliche Risikoabsicherung für die Erzeuger und eine marktwirtschaftliche Mengenregulierung auf Molkereiebene zusammenbringen. Die Wirtschaft ist gefordert, den Absatz nach Märkten und Produkten zu diversifizieren. Produktinnovationen und Markenbildung sollten eine wesentlich stärkere Rolle spielen.

5. Sehen Sie bei der Verbesserung der Marktstellung der Milchviehhalter politischen Handlungsbedarf in Form einer verpflichtenden Vorgabe von Vereinbarungen über Preis, Menge, Dauer und Qualität der gesamten Liefermengen oder ist das eine Aufgabe ausschließlich der Marktpartner?

Da der überwiegende Teil der Milcherfassung über Genossenschaftsmolkereien läuft, wollen wir Freie Demokraten einige Regelungen im Genossenschaftsrecht dahingehend prüfen, ob sie marktwirtschaftlichen Lieferbeziehungen zwischen Erzeugern und Molkereien im Wege stehen. Zeitlich befristete Liefervereinbarungen über Menge, Qualität und Festpreis könnten zum Beispiel ein Modell sein, das den Erzeugern ebenfalls ein hohes Maß an Absicherung bietet, den Molkereien aber womöglich zugleich eine vermarktungsgerechtere und preisstabilere Angebotssteuerung ermöglichen würde als das bisherige Geflecht aus Andienungs- und Abnahmepflicht. Wir Freie Demokraten sehen die Verantwortung entsprechende Reformen auch selbst voranzutreiben aber vor allem bei den Marktpartnern.

6. Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, die Produktionskosten auch im Hinblick auf die steigenden Anforderungen an die Milchviehhaltung (Tierwohl, DÜV, etc.) durch den Verkauf der Rohmilch zu decken?

Wir Freie Demokraten sind uns bewusst, dass Landwirte, die mit Milch ihr Geld verdienen müssen, zu kämpfen haben. Nicht nur in diesem Jahr. Bei einer Vollkostenrechnung können nur wenige Milchbauern ihre gesamten Kosten durch die Erlöse aus der Milchproduktion decken.

In diesem Jahr sind die Milchpreise in Deutschland durch die Corona-Krise und die Schließung der Gastronomie zweitweise noch weiter massiv unter Druck geraten. Die Preise am Weltmarkt werden aus verschiedenen Gründen weiterhin sehr stark schwanken. Das sorgt auch in Europa und Deutschland weiterhin für kräftige Preisausschläge.

Wir machen uns stark für eine Landwirtschaft, die sich rechnet. Wir wollen den Druck auf die landwirtschaftlichen Einkommen nehmen. Dafür wollen wir Wettbewerbsverzerrungen beseitigen. Zudem gilt es die Stellung der Landwirte in den Lieferketten zu stärken. Dafür

brauchen wir auch EU-weite einheitliche und verlässliche Standards, die in der gesamten Agrarwirtschaft mit ihren vor- und nachgelagerten Bereichen eingeführt werden.

Die jüngsten Preiskrisen der Branche haben gezeigt, dass wir wieder für einen fairen Wettbewerb und eine marktwirtschaftliche Preisbildung in der gesamten Wertschöpfungskette des Lebensmittelhandels sorgen müssen. Dazu wollen wir die kartellrechtliche Missbrauchsaufsicht und Fusionskontrolle stärken, durch eine Reform des Genossenschaftsrechts die starren Lieferbeziehungen zwischen Genossenschaften und Erzeugern modernisieren und die innergenossenschaftliche Demokratie stärken. Wir Freie Demokraten wollen, dass die positiven Entwicklungen in der Landwirtschaft genutzt werden, damit die Landwirtschaft ihre Erlöse am Markt zukunftsicher erzielen kann. Das Greening als Kopplung der Direktzahlungen an öffentliche Leistungen werden wir mit Blick auf Praktikabilität und Bürokratie kritisch begleiten. Den Betrieben der Land- und Forstwirtschaft wollen wir die Einrichtung einer steuerbefreiten Risikoausgleichsrücklage ermöglichen, damit sie eigenverantwortlich und selbstbestimmt für die branchentypischen Krisen der „Werkbank unter freiem Himmel“ vorsorgen können. Somit werden sie unabhängiger von teuren öffentlichen Liquiditäts- und Rettungsprogrammen.

Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik 2020 / allgemeine Agrarpolitik

1. Sieht Ihre Partei die Notwendigkeit, sich bei der Weiterentwicklung der GAP 2020 neben der langfristigen Sicherung der Agrargelder vor allem auch mit deutlichen Veränderungen in der Gemeinsamen Marktordnung (GMO) zu befassen?

Wir Freie Demokraten halten die Artikel 219 bis 222 der EU-Verordnung über die Gemeinsame Marktordnung noch immer für zu interventionsfreundlich und fordern hier mehr Mut zur Marktwirtschaft.

2. Wie bewertet Ihre Partei den vorliegenden Vorschlag der Kommission und auch des EU-Parlaments zur Weiterentwicklung der GAP 2020? Auch und gerade in Bezug auf ein Bonus- / Malus-System in Bezug auf einen krisenbedingten Produktionsverzicht.

Wir Freie Demokraten wollen das aufwändige und kostspielige Kontrollsystem der europäischen Landwirtschaftsförderung entbürokratisieren und eine Bagatellgrenze bei der Überprüfung förderungsfähiger Bruttoflächen einführen. Die Agrarpolitik muss Vertrauen in die Sachkunde und das selbstbestimmte Wirtschaften der Landwirtinnen und Landwirte setzen. Agrarsubventionen müssen sukzessive abgebaut werden, um die Unabhängigkeit der Landwirtinnen und Landwirte zu erreichen. Sie müssen selbst entscheiden können, wie sie ihre Flächen und Betriebe bewirtschaften. Vorgaben bis ins Detail, bieten keine Perspektiven. Wir Freie Demokraten begrüßen die Erhaltung der ersten und zweiten Säule. In den weiteren Auflagen für die Landwirte sehen wir allerdings nicht nur eine Gängelung, sondern vor allem auch einen fraglichen gesellschaftlichen Nutzen. Die konventionelle Landwirtschaft hat auch heute schon hohe ökologische Standards.

Die Forderung nach einer Prämienzahlung für Erzeuger, die ihre Produktionsmenge im Krisenfall reduzieren, lehnen wir genauso wie die Forderung, Erzeuger, die ihre Produktionsmenge im selben Zeitraum ausweiten, mit einer Strafzahlung zu belegen, entschieden ab. Ein Bonus-/ Malus-System

wird die Probleme der Bauern nicht lösen, sondern langfristig noch verschärfen. Wie bereits aufgeführt, machen wir Freie Demokraten uns für nachhaltige, marktwirtschaftliche Lösungen stark, die es den Betrieben ermöglichen, mit ihrem Produkt faire Preise am Markt zu erzielen. Wir setzen auf die marktwirtschaftliche Mengenregulierung durch den Preismechanismus.

3. Gibt es in Ihrer Partei Überlegungen, wie die GAP 2020 sozial gerechter gestaltet werden kann und die besonderen Leistungen der Tierhalter für die Vitalität der ländlichen Räume mehr Anerkennung erhalten?

Wir Freie Demokraten setzen uns im Rahmen der GAP für die Beibehaltung des bewährten Fördersystems aus erster und zweiter Säule ein. Wir halten an den Direktzahlungen fest und lehnen die Umschichtung weiterer Mittel von der ersten in die zweite Säule ab. Die in der zweiten Säule vorhandenen Mittel müssen stärker für die Förderung von Investitionen in umweltschonende Technik und tierwohlgerichte Ställe verwendet werden. Das Greening als Kopplung der Direktzahlungen an öffentliche Leistungen werden wir vor allem mit Blick auf Praktikabilität und Bürokratie kritisch begleiten.

4. In Bezug auf das Agrarinvestitionsprogramm: Wie denkt Ihre Partei über eine Verbindung zwischen Förderung und Bindung der Tierhaltung an Fläche oder einer Förderung von Betrieben bis zu einer bestimmten Größe (bspw. Absenkung der Prosperitätsgrenze, Absenkung der Förderobergrenze)? Könnte eine solche Änderung auch kleine und mittelständische Betriebe besser fördern?

Wir Freie Demokraten wollen wünschenswerte Verbesserungen bei der Nutztierhaltung durch eine gezielte Agrarinvestitionsförderung erreichen. Angesichts wachsender Herausforderungen und eines tiefgreifenden Strukturwandels in der Landwirtschaft wollen wir das Agrarinvestitionsförderprogramm des Landes verstärken und das Verfahren zur Gewährung von Investitionsförderungen entschlacken und vereinfachen. Wie bereits zu Frage 2 aufgeführt, wollen wir Freie Demokraten eine Bagatellgrenze bei der Überprüfung förderungsfähiger Bruttoflächen einführen, damit zum Beispiel auch kleine und mittelständische Betriebe besser gefördert werden.

5. Ist Ihre Partei der Ansicht, dass die wirtschaftlichen Probleme der Landwirtschaft mit einer anderen Verteilung der Agrargelder/Direktzahlungen gelöst werden können? Wie stehen Sie hier zu einer möglichen Kappung oder Degression der Direktzahlungen oder einer stärkeren Förderung der ersten Hektare?

Wie bereits zu Frage 3 ausgeführt, setzen wir Freie Demokraten uns im Rahmen der GAP für die Beibehaltung des bewährten Fördersystems aus erster und zweiter Säule ein. Wir halten an den Direktzahlungen fest und lehnen die Umschichtung weiterer Mittel von der ersten in die zweite Säule ab. Das Greening als Kopplung der Direktzahlungen an öffentliche Leistungen werden wir vor allem mit Blick auf Praktikabilität und Bürokratie kritisch begleiten.

6. Die zunehmende Spezialisierung der Milchproduktion ist verbunden mit der Erzeugung von Kälbern, die oft im Alter zwischen zwei und fünf Wochen verkauft werden. Da für viele diese Tiere in der regionalen Wertschöpfungskette vor Ort keine Kapazitäten vorhanden sind, müssen sie derzeit nach Norddeutschland oder ins EU-Ausland mit z.T. sehr langen Transportwegen verkauft werden. Bedingt durch den Ausbruch der Blauzunge sind die Kälberpreise seit geraumer Zeit extrem unter Druck geraten. Wie steht Ihre Partei zu einem baden-württembergischen Kälbermastprogramm, um die Einkommen der Landwirte zu stützen?

Wir Freie Demokraten sehen in Programmen wie dem baden-württembergischen Kälbermastprogramm eine Möglichkeit, um die Einkommen der Landwirte zu stützen. Voraussetzung ist dabei die Bereitschaft verbindlich in der gesamten Wertschöpfungskette zusammen zu arbeiten und in die Kälberhaltung zu investieren. Wir Freie Demokraten stehen für ein Europa des Tierschutzes. Deswegen setzen wir uns für die mittelfristige Einführung einheitlicher europäischer Tierhaltungsstandards ein. Insbesondere die Regelungen zum Tiertransport bis zum endgültigen Beförderungsort müssen eingehalten werden. Lebendtierexporte an Ziele außerhalb der EU, die nicht die europarechtlichen Mindeststandards zum Schutz der Tiere einhalten, müssen unterbunden werden. Wir Freie Demokraten fordern eine verstärkte europaweite Kontrolle der Einhaltung dieser Vorschriften.

7. Die Bundesregierung hat sich für die Einführung einer Grundrente im Jahr 2021 verständigt. Warum profitieren die Versicherten der LAK nicht? Wird hier gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoßen? Sieht Ihre Partei Bedarf und wie kann die sehr niedrige Altersvorsorge der Landwirte verbessert werden?

Wir Freie Demokraten haben mit guten Argumenten die Einführung der so genannten Grundrente ab 01.01.2021 abgelehnt, weil diese neue Ungerechtigkeiten und Systembrüche schafft. Angesichts der Demographie müssen für die deutsche Altersvorsorge die Chancen der kapitalgedeckten Vorsorge noch deutlich intensiver nutzen. Sie muss einfacher, verbraucherfreundlicher und vor allem aktienorientierter werden. Andere Länder mit demographiefesten Rentensystemen, zum Beispiel die Niederlande, die Schweiz oder auch Schweden, gehen aus guten Gründen genau diesen Weg.

III. Herkunftskennzeichnung/ Standardisierung

1. Unterstützt Ihre Partei die Bestrebungen des BDM und seiner Mitglieder für eine klare Produkt- und Herkunftskennzeichnung?

Lebensmittel sind Mittel zum Leben. Ihre Qualität ist in Deutschland sehr hoch. Wir Freie Demokraten treten für transparente Kennzeichnungen ein. Wir wollen den mündigen Verbraucherinnen und Verbrauchern die notwendigen Informationen für eine fundierte und freie Entscheidung für Einkauf und Ernährung zur Verfügung stellen. Für uns gilt daher der Leitsatz „Was drin ist, muss auch drauf stehen“. Deshalb setzen wir uns für eine konsequente Prozesskennzeichnung für alle Lebensmittel und Konsumgüter ein. Ebenfalls braucht es eine klare Kennzeichnungsregelung für Tierwohlstandards. Verbraucherinnen und Verbraucher müssen bei ihrem Einkauf den Tierwohlstandard eindeutig erkennen können - und auch aus welchem Land das Fleisch kommt. Deshalb fordern wir eine verpflichtende und flächendeckende Haltungs- und Herkunftskennzeichnung für Fleisch- und Wurstwaren.

2. Ist Ihre Partei der Meinung, dass sich neue, höhere Standards auch zwingend in den Produktpreisen für landwirtschaftliche Güter ausdrücken muss?

Wir Freie Demokraten fordern „Gute Lebensmittel für gutes Geld“. Wir machen uns stark für eine Landwirtschaft, die sich rechnet. Wir wollen den Druck auf die landwirtschaftlichen Einkommen nehmen, der durch die höheren Standards erzeugt wird. Dafür wollen wir Wettbewerbsverzerrungen beseitigen. Zudem gilt es die Stellung der Landwirte in den Lieferketten zu stärken. Dafür brauchen wir auch EU-weite einheitliche und verlässliche Standards, die in der gesamten Agrarwirtschaft mit ihren vor- und nachgelagerten Bereichen eingeführt werden.

3. Welchen Weg schlägt Ihre Partei zur Deckung der zusätzlichen Kosten der Standardisierung vor?

Der Weg zu höheren Standards muss mit Verlässlichkeit und wirtschaftlicher Tragfähigkeit angegangen werden. Entscheidend ist, dass die Honorierung für höhere Standards tatsächlich bei den Landwirten ankommt. Wir Freie Demokraten wollen ganz grundsätzlich die unternehmerische Landwirtschaft – gleich ob konventionell oder ökologisch – stärken und Innovationen fördern. Wie bereits ausgeführt, wollen wir wieder für einen fairen Wettbewerb und eine marktwirtschaftliche Preisbildung in der gesamten Wertschöpfungskette des Lebensmittelhandels sorgen. Dazu wollen wir die kartellrechtliche Missbrauchsaufsicht und Fusionskontrolle stärken, durch eine Reform des Genossenschaftsrechts die starren Lieferbeziehungen zwischen Genossenschaften und Erzeugern modernisieren und die innergenossenschaftliche Demokratie stärken.

IV. Tierwohl

1. Wie soll aus Ihrer Sicht der anvisierte Umbau der Haltungssysteme zu mehr Tierwohl finanziert werden und sehen Sie die Vorstellung der Borchert-Kommission hierzu als zielführend?

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine tiergerechte Haltung ein. Wir fordern die konsequente Einbindung des Tierschutzes und einer artgerechten Tierhaltung in unsere freiheitliche Wirtschaftsordnung. Wir Freie Demokraten sind der Ansicht, dass wir nicht nur Konzepte für Neubauten, sondern vor allem eine Perspektive für die Weiterentwicklung der bestehenden Ställe brauchen. Kleinere wie größere Betriebe dürfen aber nicht durch eine überzogene Verbots- oder Zertifizierungspolitik hinsichtlich ihrer Investitionsfähigkeit überfordert werden. Die Tierhaltung ist für die deutsche Landwirtschaft von enormer Bedeutung und darf nicht in andere Länder exportiert werden. Das größte Hindernis zum Umbau der Tierhaltung sind (bau-)bürokratische Auflagen und eine mangelnde Planungssicherheit. Die derzeitige Blockade in den Planungs- und Genehmigungsverfahren für Um- und Neubauten muss beseitigt werden, sonst läuft jede Maßnahme ins Leere. Wünschenswerte Verbesserungen bei der Nutztierhaltung wollen wir durch die gezielte Agrarinvestitionsförderung erreichen. Der Weg zu höheren Tierwohlstandards muss mit Verlässlichkeit und wirtschaftlicher Tragfähigkeit angegangen werden. Entscheidend ist, dass die Honorierung für höhere Standards tatsächlich bei den Landwirten ankommt. Die Nutztierhalte brauchen endlich eine Garantie, dass nicht nach Umsetzung der Vorschläge nach wenigen Jahren neuerliche Auflagen verabschiedet werden, die neuerliche Schulden und Kosten für die Betriebe

bedeuten. Dies war in der Agrarpolitik der Bundes- und Landesregierung der letzten Jahre aber nicht der Fall. Unsere Betriebe können nicht immer neuen Vorgaben hinterher hecheln, die nach nur wenigen Jahren schon wieder verschärft werden und neue Investitionen auslösen. Sie benötigen dauerhaft verlässliche Rahmenbedingungen.

Die Veränderung der Tierhaltungsstandards ist ein fortwährender Prozess, der nur gemeinsam mit der Landwirtschaft erreicht werden kann. Vor diesem Hintergrund sind die Empfehlungen des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung der Borchert-Kommission ein Meilenstein. Sie zeigen erstmals einen lang angelegten Entwicklungspfad für die Tierhaltungsbedingungen in Deutschland auf. Wir Freie Demokraten sind aber überzeugt: Wer etwas für mehr Tierwohl erreichen will, muss sich auch auf europäischer Ebene für einheitliche Haltungsstandards in ganz Europa einsetzen. Millionen Tiere würden hiervon profitieren und perspektivisch gäbe es endlich einen fairen Wettbewerb zwischen dem deutschen Landwirt und seinen süd- und osteuropäischen Kollegen. Die Vorschläge der Borchert-Kommission betreffen die Nutztierhaltung in Deutschland. Ein Land, das ohnehin zu denjenigen Ländern gehört, wo die Haltung von Nutztieren schon jetzt "tierwohlgerechter" erfolgt als in den allermeisten anderen Ländern. Keinem einzigen der in Ost- oder Südeuropa gehaltenen Tiere wird es damit bessergehen, stattdessen sehen wir die Gefahr, dass die deutschen Nutztierhalter vermehrt aus dem Markt gedrängt werden, wenn die hierdurch entstehenden höheren Kosten nicht durch höhere Preise abgedeckt werden. Wir Freie Demokraten sehen auch den Borchert-Vorschlag, bessere Haltungsbedingungen mit einer Sonderabgabe zu finanzieren, skeptisch. Die Landwirte müssen selbst durch marktwirtschaftliche Anreize wie eine verbindliche Tierwohlkennzeichnung auf europäischer Ebene in die Lage versetzt werden, die entstehenden Mehrkosten durch den Verkauf ihrer Produkte Erlösen zu können. Europaweit einheitliche Standards sind besser als ein nationaler Alleingang.

2. Wie steht Ihre Partei zur Vielzahl der sich auf dem Markt befindlichen Labels?

Tatsächlich gibt es auf dem Markt eine Vielzahl an verschiedenen Labels, denen unterschiedliche Zertifizierungssysteme zu Grunde liegen. Ein zentrales Problem der unterschiedlichen Labels ist aus unserer Sicht, dass in den höheren Stufen der einzelnen Labels nicht ausreichende Mengen gehandelt werden, für die sich der Aufbau separater Wertschöpfungsketten von der Erzeugung bis zum Endverbraucher unter Berücksichtigung einer Nämlichkeit der Produkte lohnt. Folglich werden die Preisaufschläge von den Kunden kaum akzeptiert. Dies belegt auch eine Studie der Hochschule Osnabrück, wonach die Verbraucher nur geringe Preisaufschläge von 9 bis 13 % bei Tierwohlprodukten hinnehmen würden (Enneking, 2019: Kaufbereitschaft bei verpackten Schweinefleischprodukten im Lebensmittelhandel, Hochschule Osnabrück). Stattdessen wird auf ungelabeltes Fleisch aus dem Ausland, das oftmals zu deutlich niedrigeren Standards produziert wurde, zurückgegriffen. Wir Freie Demokraten wollen ein verpflichtendes europäisches Tierwohllabel entlang der gesamten Wertschöpfungskette für die wichtigsten Nutztierarten etablieren. Zudem sollte, um für ausreichende Mengen tierwohlgerecht erzeugter Lebensmittel in den einzelnen Haltungsstufen unterschiedlicher Labelanbieter zu sorgen, der Gesetzgeber tierwohlgerechten Verfahren im Bau- und Immissionsrecht endlich Vorfahrt einräumen und somit für Rechtsklarheit und Planungssicherheit sorgen.

3. Wie können Milchviehbetriebe, die vor allem in kleinstrukturierten Regionen ihre Rinder noch in Anbindehaltung haben, in ihren Bestrebungen, die Haltungsbedingungen zu verbessern, unterstützt werden?

Wir Freie Demokraten wollen mehr Tierschutz, aber wir müssen die Landwirte auch in die Lage versetzen, im Wettbewerb stark bleiben zu können. Die Anbindehaltung von Rindern ist bereits ein Auslaufmodell. Die Zahlen der aktuellen Landwirtschaftszählung belegen, nur noch 10 Prozent aller Rinder befanden sich 2020 in Ställen mit Anbindehaltung. Gut die Hälfte (52 %) der Betriebe mit Anbindehaltung arbeiten allerdings in einer Kombination mit Weidehaltung. Wir Freie Demokraten wollen mit einer gezielten Agrarinvestitionsförderung Anreize für eine höhere Modernisierungsrate der Tierhaltungssysteme setzen. Der Umbau muss bezahlbar sein, denn wenn Landwirte ihren Betrieb aufgeben oder wir bei Tierwohlfragen aufs Ausland verweisen, dann ist vielleicht kurzfristig dem guten Gewissen, nicht aber dem Tier geholfen.

4. Bedarf es aus Ihrer Sicht eines generellen Verbots der Anbindehaltung?

Nein. Ein starres Verbot zum jetzigen Zeitpunkt würde viele kleine und mittlere Betriebe aus dem Markt drängen. Das lehnen wir Freie Demokraten ab. Wie in Frage 3 ausgeführt, ist die Anbindehaltung bereits ein Auslaufmodell und wir wollen mit einer gezielten Agrarinvestitionsförderung die Betriebe beim weiteren Ausstieg aus dieser unterstützen.

5. Die Schlussfolgerungen der Borchert-Kommission stellen die Nutztierhalter vor große Herausforderungen (Platzanforderungen, Außenklima). Ist nach Meinung Ihrer Partei eine Abstockung der Tierbestände mit diesen Anforderungen verbunden und wie sollen die notwendigen Investitionen bzw. der Einnahmeausfall durch Abstockung finanziert werden.

Wir Freie Demokraten betrachten eine Abstockung der Tierbestände als nicht zielführend. Stattdessen wollen wir die Förderung von Umbau- und Ausbaumaßnahmen sowie Modernisierungsmaßnahmen für mehr Tierwohl im Rahmen des Agrarinvestitionsprogramms (AFP) ausweiten.

Weder dem Wohl der Tiere noch dem Klimaschutz ist gedient, wenn deutsche Bauern weiter in mehr Tierwohl investieren und der Markt sich preisgünstig aus anderen EU-Ländern mit niedrigeren Tierwohlstandards versorgt. Wir Freien Demokraten wollen eine echte Umsetzungsstrategie der bereits bestehenden Konzepte zur Verbesserung der Tierhaltung. Dafür brauchen die Landwirte verlässliche Rahmenbedingungen. Derzeit können sie ihre Ställe leider nicht einfach genug umbauen, Bürokratie und überzogene Umweltauflagen hindern sie daran. Lösbar wäre dies mit einem Vorrang von Tierwohl im Baurecht, damit Ställe auch schnell artgerecht umgebaut werden können. Zudem ist wie bereits ausgeführt für eine bessere Tierhaltung und einen fairen Wettbewerb ein EU-weit verbindliches Tierwohllabel maßgeblich, das Verbrauchern die Haltungssysteme transparent aufzeigt.

6. Höhere nationale Anforderungen an das Tierwohl dürfen nicht durch Importe von Agrarprodukten, die mit niedrigeren Anforderungen erzeugt wurden, unterlaufen werden. Wie steht Ihre Partei zu innovativen Mitteln zur Vermeidung von Qualitätsdumping wie z.B. Border Tax Adjustments, einer Pflichtkennzeichnung, partiellen Importverbote oder einem Lieferkettengesetz.

Solange sich die Landwirte mit ihren Produkten auf Märkten für Standardprodukte (Commodities) bewegen, hängen sie an Angebots- und Nachfrageverhältnissen auf internationalen Märkten. Sie sind austauschbare Produzenten für Handelsmarken, also für Marktsegmente, bei denen kaum Preisspielräume bestehen. Wir Freie Demokraten setzen auf Entwicklungen mit neuen Optionen und größeren Handlungsspielräumen: Online-Vermarktung, Regionalregale im Lebensmittelhandel,

langfristige Verträge mit Preisabsicherung für Bio- und Tierschutzprodukte. Auf solchen marketinggetriebenen Märkten könnten sich Landwirte vom Standardmarkt abkoppeln und Besonderheiten ihrer Produkte hervorheben – die dann auch entlohnt würden.

Wir Freie Demokraten bekennen uns grundsätzlich zum regelbasierten Freihandel als Grundlage internationaler Handelsbeziehungen. Wir unterstützen weiterhin den Abschluss bilateraler Handelsabkommen und treten für modernere sowie transparentere Freihandelsabkommen ein. Sie sollten starke Kapitel zur nachhaltigen Entwicklung und zu Verbraucherschutzstandards enthalten, die mit den Partnerländern umgesetzt und überwacht werden.

V. Digitalisierung

1. Welche Chancen und Risiken sehen Sie in der Digitalisierung in der Landwirtschaft?

Wir Freie Demokraten sind überzeugt: Die Digitalisierung wird zu einer nachhaltigeren Landwirtschaft führen. Wir sehen in der Landwirtschaft 4.0 den Schlüssel für eine erfolgreiche Zukunftsbewältigung. Der Einsatz von datengetriebenen Lösungen, das Monitoring von (Echtzeit-)daten und das damit verbundene rasche Handeln im Ernstfall erlauben eine ernstzunehmende Steigerung der Ressourceneffizienz. So kann die digitale Landwirtschaft 4.0 helfen, mühsame Aufgaben durch Automatisierung zu ersetzen, Pflanzenschutz- und Düngemittel präziser und somit umweltschonender auszubringen, die Gesundheit von Nutztieren besser zu überwachen und Bürokratiekosten zu mindern. Um diese Potentiale ausschöpfen zu können, muss die Netzinfrastruktur auch für die Landwirtschaft entsprechend ausgebaut werden.

Gleichwohl besteht die Gefahr, dass Betriebe gläsern werden und es zur Konzentration Marktmacht kommt. Um das zu verhindern, setzen wir uns in Europa für ordnungspolitische Leitplanken bei der Sicherheit und dem Schutz von Daten sowie bei der Standardisierung von Schnittstellen und Datenformaten unterschiedlicher Systemanbieter ein.

2. Wie möchten Sie die Datenhoheit der betreffenden LandwirtInnen sicherstellen?

Der Landwirt muss Herr seiner Daten bleiben. Wir Freie Demokraten wollen dafür sorgen, dass ihm die Daten die Arbeit leichter machen, und gleichzeitig verhindern, dass sie zu einer verschärften Überwachung führen. Dafür müssen wir sicherstellen, dass die Datentransparenz zwischen den beteiligten Akteuren von Digitalisierungsprozessen in der Landwirtschaft gegeben ist. Hersteller, Systemanbieter und Dienstleister müssen gegenüber ihren Kunden Rechenschaft darüber ablegen, welche Daten erhoben und wie diese verwendet werden. Dies gilt auch für die Erhebung landwirtschaftlicher Daten durch Ämter und Kammern. Die Hoheit über betriebsbezogene Daten ist klar zu definieren, wobei ein Ausgleich zwischen wirtschaftlichen Verwertungsinteressen und den Datenschutzbelangen der Landwirte herzustellen ist. Die bei Landwirten erhobenen Daten sollen diesen in nutzbarer Form zur Verfügung gestellt und nur mit Einwilligung der Landwirte wirtschaftlich verwertbar sein.

3. Wie möchten Sie die Datensicherheit der betreffenden Betriebsdaten sicherstellen?

Damit die smarten Technologien nicht zum gläsernen Betrieb oder zur Konzentration von Marktmacht führen, setzen wir uns in Europa für ordnungspolitische Leitplanken bei der Sicherheit und dem Schutz von Daten sowie bei der Standardisierung von Schnittstellen und Datenformaten ein. Netzabhängige

Dienste könnten ebenso zur Zielscheibe werden wie die zentralen Daten-Clouds der großen Landmaschinenhersteller. Nach dem Ernährungssicherstellungs- und Vorsorgegesetz steht der Staat in der Verantwortung, die Ernährungs- und Landwirtschaft auch im Krisenfall zu gewährleisten. Dazu zählt nach unserer Auffassung auch eine ausfallsichere Dateninfrastruktur, die mit offenen und standardisierten Schnittstellen auch zu einem funktionierenden Wettbewerb digitaler Dienstleistungen beitragen kann. Eine solche Lösung bietet die sogenannte GeoBox-Infrastruktur. Sie setzt auf dezentrale Datenhaltung und ausfallsichere Anwendungen. Durch sie erhalten Landwirte unter anderem Zugang zu öffentlichen Geobasis- und Wetterdaten. Die weiteren Entwicklungen der GeoBox-Infrastruktur vernetzen die Betriebe über standardisierte offene Schnittstellen mit staatlichen und privaten Online-Dienstleistungen, halten die Daten des Betriebs jedoch nicht auf Cloud-Servern in Übersee vor, sondern auf einem hofeigenen Speicher (HofBox). Auf diese Weise bleibt der Landwirt stets Herr seiner Daten und ist weniger verwundbar.

4. Wie stehen Sie zu einer Verpflichtung zu Open-Source-Technologien?

Wenn die Landwirtschaft in Zukunft künftig flächendeckend mit zentralen Daten-Clouds arbeitet, wird die Ernährungssicherheit im Rahmen der Cyber-Kriegsführung auch zur möglichen Zielscheibe von DDoS-Attacken. Open-Source-Software, bei der eingesetzte Mittel einer großen Community von Nutzern und Entwicklern zugutekommt, wird häufig nicht einmal in Erwägung gezogen. Hier treten wir Freie Demokraten für einen Paradigmenwechsel ein, bei dem Open-Source-Software zum Standardfall wird und bei jeder Neubeschaffung und Neuvergabe verpflichtend geprüft und priorisiert eingesetzt werden soll.